

Die Beziehungen zwischen den beiden Seiten der Taiwanstraße

I. Einleitung

In der Geschichte haben viele Länder Zeiten der Teilung und der Wiedervereinigung erfahren; und auch in der Geschichte Chinas wechseln sich Zeiten der Trennung und der Einheit ab. Das moderne China war nicht in der Lage, diesem historischen Zirkel zu entgehen. Seit 1949 lebt das chinesische Volk, getrennt durch die Taiwanstraße, in zwei verschiedenen Gesellschaften mit unterschiedlichen Ideologien und gegensätzlichen politischen, ökonomischen und sozialen Systemen.

Um einer starken und wohlhabenden Nation willen und um die Konfrontation und Entfremdung zwischen den beiden Seiten zu beenden, hat die Regierung der Republik China seit 1987 in einer vorausblickenden, pragmatischen, aktiven und maßvollen Weise konkrete, den sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Austausch zwischen beiden Seiten der Taiwanstraße fördernde Maßnahmen ergriffen. Die Regierung der Republik China stütze sich auf die Einsicht des Volkes innerhalb und außerhalb der regierenden Partei, als sie im Februar 1991 im Rahmen eines Versuchs, einen nationalen Konsens über die Schritte in Richtung Wiedervereinigung herzustellen, die „Richtlinien für die nationale Wiedervereinigung“ entwarf.

Die Bedingungen für die Wiedervereinigung herzustellen, erfordert in jedem Fall die aufrichtige Zusammenarbeit zwischen den beiden Seiten der Taiwanstraße; und die Vollendung der dringenden Aufgabe der Wiedervereinigung hängt sogar noch mehr von den gemeinsamen Anstrengungen der beiden Seiten ab. Aus diesem Grund glaubt die Regierung der Republik China, daß sie eine detaillierte und erschöpfende Erklärung der Beziehungen zwischen den beiden Seiten der Taiwanstraße vorlegen muß, und sie hofft, daß sie Menschen im In- und Ausland damit ein gründliches Verständnis ihrer Positionen, ihrer Gedanken und ihrer Aktionen hinsichtlich des Themas der Wiedervereinigung vermitteln kann. So mögen wir unsere Weisheit und unsere Bemühungen vereinen, um gemeinsam an der Schaffung eines demokratischen, freien und wohlhabenden Chinas zu arbeiten.

Die Beziehungen zwischen den beiden Seiten der Taiwanstraße

**Rat für Festlandsangelegenheiten
Exekutiv-Yüan, Republik China**

Juli 1994

II. Ursprung und Charakter der Teilung Chinas zwischen den zwei Seiten der Taiwanstraße

Die Gründung der Republik China

Nach dem Opiumkrieg Mitte des neunzehnten Jahrhunderts begannen aufgeklärte Chinesen, den Schaden, den der Despotismus anrichtete, zu ermaßen. Sie waren davon überzeugt, daß Chinas Niedergang unausweichlich sei, wenn es nicht unabhängig und stark würde, Reformen durchführte und eine demokratische Republik gründete. Im Jahre 1912 wurde dann unter Führung von Dr. Sun Yat-sen und dank des aufopferungsvollen Kampfs der Revolutionäre Asiens erste demokratische Republik — die Republik China — geboren.

In deren Anfangsjahren waren die Verhältnisse in China äußerst instabil: Im Landesinneren stifteten die *warlords* Unfrieden, während zugleich die Großmächte das Land von außen schikanierten und beleidigten. Um zu Chinas Rettung und seiner Verwandlung in ein starkes und wohlhabendes Land beizutragen, hatte Dr. Sun Yat-sen die feinsten Elemente des chinesischen und des westlichen Denkens zu den Drei Volksprinzipien zusammengefaßt. Sein Prinzip des Nationalismus zielte auf die Wiedererlangung von Chinas Unabhängigkeit und Autonomie; sein Prinzip der Volksrechte wird als politische Demokratie interpretiert; und das Prinzip der Volkswohlfahrt trachtet nach dem Erwerb verdienten Wohlstands, wobei die Fehler sowohl des Kapitalismus als auch des Kommunismus vermieden werden sollen, und vereint so politische und soziale Revolution. Die Drei Volksprinzipien boten die korrekte Antwort auf die Frage „China wohin?“, die seit dem Opiumkrieg immer wieder gestellt worden war.

Entstehung und Entwicklung des Kommunismus in China

Zu jener Zeit boten die Verhältnisse in China und in der ganzen Welt Gelegenheit für die Entwicklung des Kommunismus. Während der Oktoberrevolution von 1917 übernahmen die Bolschewiken unter der Führung Lenins die Macht in Rußland. Bald darauf gründeten sie die Dritte Internationale, um mit ihr die Weltrevolution voranzutreiben; und das benachbarte China war das erste Land, das die Auswirkungen zu spüren bekam. Im Jahr 1919 brach in Peking die 4.-Mai-Bewegung aus, die einen

tiefen und weitreichenden Einfluß auf die Entwicklung des Landes hatte. Die Lösung der „vollständigen Verwestlichung“, die während der 4.-Mai-Bewegung auftauchte, öffnete dem Import des Marxismus nach China die Türen. Im Juli 1921 gründete eine Handvoll linker Intellektueller die Kommunistische Partei Chinas (KPCh), die als Sektion der Dritten Internationale agierte. Von da an begann der Kommunismus, sich auf chinesischem Boden auszubreiten. 1924 schlug die Kuomintang (KMT, oder Nationalchinesische Partei) unter sowjetischem Einfluß eine Politik des Bündnisses mit Rußland und des Arrangements mit den Kommunisten ein, wodurch es der KPCh ermöglicht wurde, zu wachsen und innerhalb der Reihen der KMT stark zu werden.

Während der Nord-Expedition (die 1926 von der nationalchinesischen Regierung unternommen wurde, um das Land zu vereinen) nutzte die KPCh den inneren Unfrieden aus, der durch die Zersplitterung des Landes in verschiedene Militärdiktaturen entstanden war, um in Nanchang, Changsha, Hailufeng und Kanton Aufstände größeren Ausmaßes zu schüren. Von da an strebte sie durch bewaffneten Kampf nach der Macht. Im November 1931 gründete die KPCh in Juichin in der Provinz Kiangsi eine „Chinesische Sowjetrepublik“, entwarf eine Verfassung und organisierte eine provisorische Zentralregierung. Indem sie den Begriff „Sowjet“ zur Bezeichnung ihrer Regierung benutzte, zeigte die KPCh, daß sie ein Abkömmling Moskaus war, des „proletarischen Mutterlandes“. Damit war der Anfang der Teilung Chinas in der jüngeren Geschichte markiert.

Nach dem Vorfall auf der Marco-Polo-Brücke von 1937 formierte sich das ganze Land zum gemeinsamen Widerstand gegen die japanische Invasion. Während dieser Zeit griffen die Truppen der KPCh zu der Taktik, ein Zehntel ihrer Kräfte für den Widerstand gegen die Japaner, zwei Zehntel gegen die Zentralregierung der KMT und sieben Zehntel für die eigene Stärkung einzusetzen, um so ihre Gebiete auszudehnen und ihre militärische Macht zu stärken. Nach der japanischen Niederlage entfesselten die Streitkräfte der KPCh eine bewaffnete Rebellion, die sie ins ganze Land trugen. Im Oktober 1949 gründete die KPCh in Peking die Volksrepublik China, und die Regierung der Republik China siedelte von Nanking nach Kanton und schließlich nach Taipei über. Seit jener Zeit ist China ein vorübergehend durch die Taiwanstraße geteiltes Land mit zwei verschiedenen Regierungen.

einmal ein Mindestmaß an Demokratie in Hongkong akzeptieren will — wie kann das KPCh-Regime uns da ein zögernde Haltung bezüglich der Wiedervereinigung vorwerfen? Welcher Chinese würde das Land nicht gerne vereinigt sehen, wenn es Freiheit und Demokratie in Festlandchina gäbe und wenn seine Wirtschaft modernen Standards entsprechen würde? Wie könnten Ausländer darauf Einfluß nehmen? Der Kern des Problems ist nirgends anders als im KPCh-Regime selbst zu suchen. Das ist der Grund, aus dem die Regierung der Republik China wiederholt konstatiert hat, daß es nur eine China-Frage, aber keine Taiwan-Frage gibt.

III. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen den zwei Seiten der Taiwanstraße

Die Entwicklung der Taiwan-Politik Peking

Lange Zeit versuchte das KPCh-Regime, Taiwan gewaltsam zu „befreien“. Im Oktober 1949 versuchte Peking, mit seinen Seestreitkräften auf der Insel Kinmen (Quemoy) zu landen, aber seine Truppen erlitten eine schwere Niederlage. Im September 1954 begannen die Streitkräfte der KPCh mit dem Bombardement von Kinmen und lösten damit eine Krise in der Taiwanstraße aus. Im Januar 1955 führten sie einen blutigen Angriff auf die Insel Ikiangshan aus und eroberten die Tachen-Inseln. 1958 kam es zu dem „23.-August-Bombardement“ Kinmens — einem Ereignis, das die Welt aufrüttelte. Man kann sagen, daß Peking bis zu jenem Angriff vom 23. August versuchte, die Aufgabe der Wiedervereinigung mit Gewalt durchzuführen, obwohl es zur gleichen Zeit gelegentlich zu einer „friedlichen Befreiung Taiwans“ aufrief.

Nach dem Scheitern des Versuchs, die Insel Kinmen militärisch zu nehmen, wurde Festlandchina von einer Reihe von Katastrophen heimgesucht. Zuerst kamen die Naturkatastrophen und das durch Menschen verursachte Unglück, das auf die Kampagne der Drei roten Banner zurückging; danach führte der Bruch mit Moskau zur Einstellung aller sowjetischen Hilfe. Mit dem Ausbruch der Kulturrevolution im Jahr 1966 geriet das Festland noch näher an den Rand des Zusammenbruchs. Dazu kam es zu bewaffneten Grenzkonflikten mit Indien und der Sowjetunion. Peking war im Inneren und Äußeren so sehr mit Problemen beschäftigt, daß es — abgesehen von seinem lautstarken Gerede von friedlicher Befreiung

Das Wesen der Teilung Chinas: Ein Kampf zwischen Systemen

Im alten China rührten Zeiten der Teilung des Reiches von Machtkämpfen her. Eine solche Uneinigkeit des Landes zeugte von einer Aufspaltung der Jurisdiktion und der Machtausübung, aber sie gründete nicht in unterschiedlichen Ideologien. Eine Teilung der Art, wie sie jetzt zwischen den zwei Seiten der Taiwanstraße besteht, ist ohne Beispiel in der Geschichte Chinas. Auf den ersten Blick scheint sie das Resultat des Machtkampfes zwischen zwei politischen Parteien während des chinesischen Bürgerkriegs zu sein. Aber in Wahrheit geht sie auf die Auswirkungen der internationalen politischen Lage und den Einfluß einer fremdländischen Ideologie zurück, die schließlich zu einem Kampf zwischen dem China der Drei Volksprinzipien, das auf chinesischer Kultur aufbaut, und dem kommunistischen China, das im Marxismus wurzelt, führten. Es handelt sich dabei zugleich um einen Kampf zwischen zwei gegensätzlichen politischen, ökonomischen und sozialen Systemen sowie zwei verschiedenen Lebensstilen. Nach vier Jahrzehnten der Existenz zweier verschiedener Systeme gibt es vor allem eine augenfällige Ungleichheit in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zwischen den zwei Seiten. Das ist der konkrete Ausdruck des Streits über die Frage „China wohin?“, der die Essenz und den wahren Grund der Teilung Chinas darstellt. Ohne die Beseitigung dieses fundamentalen Unterschieds wird es für China äußerst schwierig sein, von der Teilung zur Einheit voranzuschreiten.

Der wahre Grund, warum China heute noch nicht wiedervereinigt werden kann, liegt weder darin — wie Peking es gerne darstellt —, daß ein Teil der taiwanesischen Bevölkerung Unabhängigkeit von China anstrebt, noch liegt er in der „Einmischung bestimmter ausländischer Kräfte“. Vielmehr haben das politische System und das Niveau der ökonomischen Entwicklung in Festlandchina sowie häufige, weitreichende und gewalttätige Machtkämpfe das Vertrauen der Bevölkerung in das KPCh-Regime zerstört. Solange Festlandchinas junge Menschen, die unter dem Kommunismus aufgewachsen sind, alles daran setzen, das Land zu verlassen oder sich weigern zurückzukehren, sobald sie es einmal verlassen haben, oder sie keine Erlaubnis erhalten zurückzukehren, wenn sie es wollen; solange Tausende von Festlandchinesen illegal emigrieren; solange kein Chinese aus Taiwan oder Übersee, der ein noch so leidenschaftlicher Befürworter der Vereinigung sein mag, in Festlandchina wohnen möchte; und solange Peking nicht

Die Bemühungen der Regierung der Republik China zur Förderung der Taiwanstraßenbeziehungen

Die Regierung der Republik China hat immer geglaubt, daß eine Veränderung im System Festlandchinas unabdingbar für die Lösung der China-Frage sei. Daher erließ die regierende Kuomintang auf ihrem zwölften Nationalkongreß im April 1981 einen Aufruf zur Wiedervereinigung Chinas gemäß der Drei-Prinzipien, in dem die These vertreten wird, daß der einzige Weg zur Vereinigung Chinas in der landesweiten Anwendung der Drei-Prinzipien bestehe. Die darin gemachten Vorschläge wurden zum Kern der Festlandpolitik der Regierung. Der Streit zwischen den beiden Seiten der Taiwanstraße drehte sich darum, ob ein freies und demokratisches China oder ein China unter kommunistischer Diktatur den Bestrebungen des chinesischen Volkes am ehesten entspreche und den Interessen der Welt als Ganzes diene. Der Hauptgrund der Regierung für die Befürwortung einer Wiedervereinigung Chinas gemäß der Drei-Prinzipien war, daß die konkrete Realität dieser zwei gegensätzlichen Systeme während der letzten mehr als drei Jahrzehnte sowohl auf den beiden Seiten der Taiwanstraße als auch weltweit zu der totalen Niederlage des Marxismus-Leninismus geführt hatte, während sich die Drei-Prinzipien als den Bedingungen Chinas angemessener und daher als geeigneter erwiesen hatten. Die China-Frage zu lösen. Politische Bewegungen unter dem kommunistischen System, wie die Landreform, die Huntert-Blumen-Kampagne, die Drei-Rote-Banner-Kampagne und die Kulturrevolution, haben dem chinesischen Volk große Opfer abverlangt, und selbst die KPCh bezeichnet sie mittlerweile als Katastrophen. In Taiwan hatte die Regierung der Republik China statt dessen die Drei-Prinzipien Sun Yat-sen's angewandt und gemäßigt und schrittweise, eine Wirtschaftsentwicklung und politische Reformen gefördert, die zu Wohlstand und Demokratie in einem bis dahin in der chinesischen Geschichte unbekanntem Maße geführt hat.

In den achtziger Jahren beschleunigte sich die Geschwindigkeit der wirtschaftlichen Liberalisierung, der sozialen Pluralisierung und der politischen Demokratisierung in Taiwan und bewirkte einen schnellen Umwandlungsprozeß in der Republik China. Mit der Aufhebung des Kriegsrechts schlug die Regierung den Kurseiner offeneren Politik gegenüber Festlandchina ein. Am 2. November 1987 erlaubte der damalige Präsident der Republik China, Chiang Ching-kuo, inspiriert durch traditionelle

— keine Mittel hatte, weitere militärische Aktionen gegen Taiwan zu unternehmen. Als sich die Beziehungen zwischen Peking und Moskau weiter verschlechterten und es zu einem Bruch im gesamten kommunistischen Lager kam, schlossen sich die Vereinigten Staaten — die der Sowjetunion feindlich gegenüberstanden und die sich aus dem Vietnamkrieg zurückziehen wollten — mit Peking gegen die Sowjets zusammen. Strategische Überlegungen führten zu einem Abbau der Spannungen zwischen Washington und Peking, wodurch der Brennpunkt des Konflikts zwischen Taiwan und Festlandchina von der Taiwanstraße auf die internationale Bühne verlagert wurde. Von nun an wurde die Rivalität zwischen den beiden Seiten in Form sich gegenseitig überbietender Versuche ausgetragen, die andere Seite international zu isolieren.

1979 nahm Washington diplomatische Beziehungen mit dem KPCh-Regime auf und brach die offiziellen Verbindungen mit der Republik China ab. Peking, das nun keine direkte Intervention Washingtons in die Beziehungen zwischen den zwei Seiten der Taiwanstraße mehr befürchten mußte, änderte daraufhin seine Strategie gegenüber der Republik China. Um auf der internationalen Bühne einen friedlichen Anschein zu erwecken, was die Unterstützung für seinen ökonomischen Reform- und Öffnungskurs erleichtern würde, begann Peking eine „Offensive des Lächelns“. In ihrer Propaganda gegen Taiwan ersetzte die KPCh den Ausdruck „Befreiung“ durch „friedliche Wiedervereinigung“. Am 1. Januar 1979 veröffentlichte der Ständige Ausschuß des Nationalen Volkskongresses auf dem Festland einen offenen Brief an „die Landsleute in Taiwan“, in dem zur „friedlichen Wiedervereinigung mit dem Mutterland“ und der Einrichtung der „drei Verbindungen und des vierfachen Austauschs“ aufgerufen wird. Zur selben Zeit stellte Peking seine Bombardements der Inseln Kinmen und Matsu ein. Im September 1981 legte der Vorsitzende des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses, Yeh Chien-ying, einen Neun-Punkte-Vorschlag vor, der sich mit der Rückkehr Taiwans zum Mutterland und der Verwirklichung der friedlichen Wiedervereinigung befaßte. Schließlich gab Teng Hsiao-p'ing im Jahr 1984 die Formel „Ein Land, zwei Systeme“ aus. Aber obwohl alle diese Vorschläge im Namen einer friedlichen Wiedervereinigung gemacht wurden, haben die chinesischen Kommunisten sich bisher geweigert, die Möglichkeit der Gewaltanwendung zur Lösung der Wiedervereinigungsfrage auszuschließen.

konkurrierendes Regime betrachtet werden sollte, und sie forderte die Regierung auf, ein Gesetz über die Taiwanstraßenbeziehungen zu entwerfen, um den Austausch zwischen den beiden Seiten zu regeln.

Im Oktober 1990 lud Präsident Lee Vertreter der Regierungs- und der Oppositionspartei sowie weitere nicht in der Politik engagierte Personen ein, den Nationalen Wiedervereinigungsrat zu bilden, der die Richtlinien zur nationalen Wiedervereinigung ausarbeitete. Mit den Richtlinien wurden ein auf lange Zeit angelegter Plan für die nationale Wiedervereinigung entworfen und die jeweiligen Ziele für verschiedene Phasen der Festlandpolitik der Republik China in der Zukunft festgelegt. Im Januar 1991 richtete der Exekutiv-Yüan (das Kabinett der Republik China) auf ministerieller Ebene den Rat für Festlandsangelegenheiten (Mainland Affairs Council, MAC) ein, der von der Regierung mit der Planung und Behandlung von Festlandsangelegenheiten beauftragt wurde. Im darauffolgenden Monat wurde die Stiftung Austausch beiderseits der Taiwanstraße (Straits Exchange Foundation, SEF) gegründet und von der Regierung ermächtigt, praktische Fragen, die aus den Taiwanstraßenbeziehungen entstehen und die in den Verantwortungsbereich der Regierung fallen, zu behandeln. Die Richtlinien zur nationalen Wiedervereinigung, die als leitende Prinzipien für die Taiwanstraßenbeziehungen dienen, wurden im März desselben Jahres vom Exekutiv-Yüan verabschiedet. Am 30. April erklärte Präsident Lee, daß die Mobilisierungsperiode am 1. Mai beendet würde; er erklärte ferner, daß gleichzeitig, in Übereinstimmung mit einer von der Nationalversammlung angenommenen Resolution, die vorübergehenden Bestimmungen zur Verfassung, die während der Mobilisierungsperiode in Kraft waren, aufgehoben würden. Verfassungsrechtlich bedeutete das, daß das Peking-Regime nicht länger als Rebellenorganisation angesehen wurde. Das war die erste deutliche Geste des guten Willens vonseiten der Republik China gegenüber dem Peking-Regime seit der Verkündung der Richtlinien zur nationalen Wiedervereinigung.

Die Erklärung enthielt zwei wichtige Implikationen. Zum einen hatte die Regierung der Republik China damit demonstrativ, formal und einseitig der Gewaltanwendung als Mittel der nationalen Wiedervereinigung abgeschworen. Zum anderen machte sie klar, daß die Regierung der Republik China nicht länger auf der internationalen Bühne mit Peking um das Recht, China zu repräsentieren, ringen würde. Die Regierung hält daran fest, daß

9

Moralprinzipien und humanitäre Erwägungen, den Bürgern Taiwans, ihre Verwandten auf dem Festland zu besuchen. Er beendete damit die fast vier Jahrzehnte dauernde Entfremdung und markierte einen Wendepunkt in den Beziehungen zwischen den beiden Seiten der Taiwanstraße. Seither haben sich die Beziehungen über die Taiwanstraße von völliger Entfremdung hin zu privaten Kontakten entwickelt.

Im Mai 1990 gab Lee Teng-hui in seiner Antrittsrede nach seiner Vereidigung als achter Präsident der Republik China folgende Erklärung ab:

„Wenn die verantwortlichen Stellen der chinesischen Kommunisten den weltweiten Trend und die gemeinsame Hoffnung aller Chinesen anerkennen können und politische Demokratie und ein freies Wirtschaftssystem einführen, der Anwendung militärischer Gewalt in der Taiwanstraße abschwören und sich nicht in die Entwicklung unserer außenpolitischen Beziehungen auf der Basis der Ein-China-Politik einmischen, wären wir bereit, auf der Grundlage von Gleichheit Kommunikationswege einzurichten und uns ganz dem akademischen, kulturellen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technologischen Handels-Austausch zu öffnen, um einen Grundstein für gegenseitigen Respekt, Frieden und Wohlstand zu legen.“

Präsident Lee Teng-hui gab auch seiner Hoffnung Ausdruck, daß die Periode der Nationalen Mobilisierung zur Niederschlagung des Kommunistischen Aufstandes so schnell wie möglich entsprechend den Rechtsbestimmungen beendet werden könnte. Diese feierliche Proklamation schuf wichtige Bestimmungen für einen freundschaftlichen Austausch zwischen den beiden Seiten der Taiwanstraße. Um einen landesweiten Konsens über verschiedene Fragen zu erzielen, berief die Regierung im Juni 1990 eine Konferenz zu Nationalen Angelegenheiten ein, während der man sich darauf einigte, daß die Regierungen zu beiden Seiten der Taiwanstraße „politische Entitäten mit de-facto-Autorität“ sind. Die Teilnehmer riefen auch zu einer Lockerung des sachlich-zweckdienlichen Austauschs bei einer gleichzeitig kompromißlosen Haltung in politischen Verhandlungen zwischen den beiden Seiten auf sowie zur Behandlung der Beziehungen durch eine besondere Regierungsstelle und eine autorisierte private Vermittlerorganisation. Ferner empfahl die Konferenz, daß das Peking-Regime nach Beendigung der Periode der Nationalen Mobilisierung zur Niederschlagung des Kommunistischen Aufstandes als ein antagonistisches,

8

es nur ein China gibt; aber sowohl Taiwan als auch das Festland sind Teile Chinas, und das Pekinger Regime ist nicht gleichbedeutend mit China. Der Wiedervereinigung vorausgehen sollte das gleiche Recht für beide Teile Chinas, Mitglied der internationalen Gemeinschaft zu sein.

Im Juli 1992 verabschiedete der Legislativ-Yüan (das Parlament) das Gesetz über die Beziehungen zwischen den Menschen auf Taiwan und auf dem Festland, das am 18. September desselben Jahres in Kraft trat. Mit diesem Gesetz wurde die Rechtsgrundlage für die Behandlung der Taiwanstraßenbeziehungen durch die Regierung gelegt.

Durch den wachsenden Austausch zwischen den zwei Seiten der Taiwanstraße entstanden einige Probleme, so daß die Einrichtung dauerhafter Kommunikationswege zur Beilegung von Konflikten immer drängender wurde. Im September 1990 unterzeichneten die Rote-Kreuz-Organisationen beider Seiten das erste Taiwanstraßenabkommen zwischen inoffiziellen Körperschaften — das sogenannte Kinmen-Abkommen —, das die Rückkehr großer Zahlen illegaler Einwanderer von Festlandchina regeln sollte. Ursprünglich hatten sich die zwei Seiten darauf geeinigt, daß das Festland die Emigranten innerhalb von zwanzig Tagen nach Benachrichtigung durch Taiwan in Empfang nehmen und zu ihren Heimatorten zurückbringen würde. Aber auf Seiten des Festlandes fand man zahlreiche Ausflüchte für Verzögerungen, wodurch die beinahe 30 000 illegalen Immigranten, die die Taiwanstraße in den letzten Jahren überquert haben, durchschnittlich 113 Tage in taiwanesischem Gewahrsam verbrachten. Um solche Probleme, die aus dem Taiwanstraßenabtausch entstehen, zu lösen, trafen sich die SEF und ihr festlandchinesisches Gegenstück, die Vereinigung für Beziehungen beiderseits der Taiwanstraße (Association for Relations Across the Taiwan Straits, ARATS), gelegentlich in Peking oder Hongkong zum Meinungsaustausch. Die zwei Organisationen beschlossen auch, daß ihre Vorsitzenden sich im April 1993 in Singapur treffen sollten, um effiziente Kommunikationswege einzurichten. Während der Gespräche unterzeichneten Koo Chen-fu und Wang Daohan vier Abkommen: das Abkommen zur Dokumentenbeglaubigung; das Abkommen über Auffindung von und Entschädigung für verlorene eingegangene, eingeschriebene Post; das Abkommen über die Einrichtung von Kommunikationswegen und systematischem Kontakt zwischen SEF und ARATS; und das gemeinsame Abkommen der Koo-Wang-Gespräche. Damit wurde eine Grundlage für

künftige Gespräche zu Routinefragen und für einen systematischen Austausch zwischen den zwei Seiten der Taiwanstraße gelegt. Entsprechend dieser Abkommen haben SEF und ARATS seither einige Gesprächsrunden abgehalten und weiterhin Probleme, die aus dem Taiwanstraßenabtausch entstehen, diskutiert.

Die Vorstellungen der Republik China zu den Taiwanstraßenbeziehungen

Neben dem Beweis, daß die zwei Seiten nach mehr als vierzig Jahren der Konfrontation nun bemüht sind, ihre Konflikte durch Verhandlungen zu lösen, zeigen diese Gespräche auch, daß man versucht, die durch Gespräche über Routinefragen gewonnene Erfahrung zu nutzen, um den Boden für künftige Kontakte und Verhandlungen politischer Natur zu bereiten. Dennoch haben diese Gespräche eine Reihe von Streitpunkten aufkommen lassen, z.B. über die Bedeutung des Ausdrucks „Ein China“ oder über juristische Fragen. Derartige Probleme betreffen die Ausrichtung der Taiwanstraßenbeziehungen und werden ihre Entwicklung beeinträchtigen, wenn sie nicht gelöst werden können.

Es ist eine unleugbare historische Tatsache, daß die Republik China seit ihrer Gründung im Jahre 1912 ein unabhängiger und souveräner Staat ist. Die Beziehungen zwischen den beiden Seiten der Taiwanstraße gleichen jedoch weder denen zwischen verschiedenen Ländern, noch sind sie rein innenpolitischer Natur. Um zu garantieren, daß sich die Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwanstraße zu einem freundschaftlichen Austausch entwickeln, hat die Regierung der Republik China die Idee einer „politischen Entität“, die als Basis der Verständigung zwischen den beiden Seiten dienen soll, formuliert. Die Bedeutung des Begriffs politische Entität ist sehr breit; er kann auf Staaten, eine Regierung oder eine politische Organisation angewendet werden. Nur wenn wir den Souveränitäts-Streit ad acta legen, können wir den Knoten entwirren, der uns die vergangenen mehr als vierzig Jahre gefesselt hat und reibungslos zur Wiedervereinigung voranschreiten. Die Idee einer politischen Entität ist der Schlüssel für die Auflösung des Knotens.

Die Richtlinien zur nationalen Wiedervereinigung schlagen die Formel „Ein China, zwei gleiche politische Entitäten“ als Weg zur Bestimmung der

Jurisdiktion der Republik China kann nur eine Sonderverwaltungszone unter Pekings Herrschaft sein. Obwohl Peking Taiwan unter gewissen Einschränkungen einen hohen Grad an Autonomie zugestehen würde, dürfte dieses nicht die Verfassung oder Erlässe der Zentralregierung verletzen. Damit wird der Existenz der Republik China in keiner Weise Rechnung getragen, und tatsächlich läuft es auf nichts anderes als die Annexion von Taiwan, Penghu, Kinmen und Matsu im Namen der Wiedervereinigung Chinas hinaus. Auch der Status der „zwei Systeme“ in Pekings Formel ist unterschiedlich: der in Festlandchina praktizierte Sozialismus spielt die Hauptrolle, während dem in Taiwan praktizierten Kapitalismus eine Nebenrolle zukommt, die nur während einer Übergangszeit Existenzrecht hätte. Die verantwortlichen Stellen in Peking glauben, daß nur sie allein das Recht haben, den Inhalt und den Zeitplan der „zwei Systeme“ zu definieren. Die „zwei Systeme“ sind daher nur ein nützliches Instrument für Pekings Vorherrschaft. Ihrem Gehalt nach ist die Beziehung zwischen den zwei Systemen die zwischen einem maßgeblichen und einem untergeordneten Teil: ein System repräsentiert das Zentrum und das andere die lokale Verwaltung. Nach dieser Vorstellung wäre Taiwan gezwungen, seine Freiheit und Demokratie aufzugeben und das vom KPCh-Regime vorgeschriebene System vollständig zu akzeptieren. Es ist klar, daß die Formel „Ein Land, zwei Systeme“ darauf abzielt, daß sich die Republik China vollständig Peking unterwirft und daß das Volk von Taiwan sein freies und demokratisches System aufgibt. Aus diesem Grund ist diese Formel sowohl unakzeptabel als auch undurchführbar.

Die Regierung der Republik China glaubt, daß, von einem realistischen politischen Blickwinkel aus betrachtet, China gegenwärtig in zwei Gebiete unter der Verwaltung gleichwertiger politischer Entitäten geteilt ist: die Regierung der Republik China und das Peking-Regime. Obwohl diese zwei Entitäten sich hinsichtlich der Ausdehnung ihrer Rechtsprechung, ihrer Bevölkerungszahl und der von ihnen implementierten Systeme unterscheiden, sollten sie sich bei ihrem gegenseitigen Austausch als gleichwertig behandeln. In den Gebieten, in denen sie die Rechtsprechung ausüben, sollten sie jeweils ausschließlich die Hoheitsrechte haben; weder sollte eine der Entitäten ihre Regeln auf dem Territorium der anderen geltend machen, noch sollte eine Seite der anderen ihren Willen im Namen der Souveränität aufzwingen.

weiteren Entwicklung der Taiwanstraßenbeziehungen vor. Diese Idee umfaßt folgende Punkte:

1. Die Existenz der Republik China ist eine einfache Tatsache, die nicht geleugnet werden kann.
2. „Ein China“ bezieht sich auf China als eine historische, geographische, kulturelle und rassische Entität.
3. Die Teilung Chinas in zwei getrennte Regierungen zu beiden Seiten der Taiwanstraße ist ein vorübergehendes Phänomen in der chinesischen Geschichte, und die vereinigten Anstrengungen der zwei Seiten werden China unweigerlich wieder auf den Weg der Wiedervereinigung bringen. Die zwei Seiten mögen daher im Prozeß der Wiedervereinigung zuerst die gegenseitige Feindschaft durch einen routinemäßigen zwischenmenschlichen Austausch ausmerzen, um dann dazu überzugehen, die Bedingungen für die Wiedervereinigung zu schaffen. Die zwei Seiten sollten sich auch auf der internationalen Bühne repektieren statt sich gegenseitig auszuschließen, und sie sollten der Waffengewalt als eines Mittels zur Erlangung der Wiedervereinigung abschwören.
4. Es sollte Raum bleiben für künftige politische Verhandlungen. Genau aus dem Grunde, daß China in zwei politische Entitäten geteilt ist, müssen wir seine Wiedervereinigung durch Austausch und Verhandlungen bewirken. Die Richtlinien zur nationalen Wiedervereinigung fordern, daß die zwei Seiten in einer langfristigen Phase der Beratungen zur Wiedervereinigung eine beratende Körperschaft einrichten, um die Pläne zur Wiedervereinigung durch Verhandlungen zu realisieren.

Die Zurückweisung der Formel „Ein Land, zwei Systeme“ durch die Regierung der Republik China

Das Verständnis der Republik China von der gegenwärtigen Teilung Chinas durch die Taiwanstraße widerspricht der Idee Pekings von „Einem Land, zwei Systemen“. Wir glauben, daß China, so wie es traditionell definiert wird, gegenwärtig in zwei politische Entitäten geteilt ist: auf der einen Seite ein freies und demokratisches Taiwan und auf der anderen Seite Festlandchina, wo ein sozialistisches System praktiziert wird. In Pekings Sicht ist die Volksrepublik China das „Eine Land“, und Taiwan unter der

Das Festhalten der Regierung der Republik China am Ziel der Wiedervereinigung

Die Regierung der Republik China steht entschlossen hinter der Formel „Ein China“, und sie lehnt die Formeln „Zwei Chinas“ oder „Ein China, ein Taiwan“ ab. Aber gleichzeitig, unter der Bedingung der Teilung der zwei Seiten der Taiwanstraße als einer lange schon bestehenden historischen und politischen Realität, vertritt die Regierung der Republik China den Standpunkt, daß die zwei Seiten sich darüber bewußt sein müssen, daß jede die Rechtssprechung in ihrem jeweiligen Territorium ausübt und daß sie als zwei rechtmäßige Entitäten auf der internationalen Bühne koexistieren sollten. Ihre Beziehungen zueinander sind die zweier getrennter Gebiete des einen Chinas und somit ihrer Natur nach innenpolitisch oder chinesisch. Diese Position ist äußerst pragmatisch, und die darin enthaltenen Vorschläge unterscheiden sich erheblich von den Formeln „Zwei Chinas“ oder „Ein China, ein Taiwan“.

Die Regierung der Republik China hofft, daß sich die Beziehungen mit der Annahme der Formulierung „Ein China, zwei gleiche politische Entitäten“ in eine friedliche, pragmatische und rationale Richtung entwickeln werden. Die verantwortlichen Stellen in Peking sollten realisieren, daß dies der beste Weg ist, die Wiedervereinigung Chinas zu betreiben. Beim Austausch zwischen den beiden Seiten der Taiwanstraße sollte Peking alle Bedenken bezüglich der Entschlossenheit der Regierung der Republik China, die Wiedervereinigung anzustreben, beiseite legen. In Peking sollte man sich an verantwortlicher Stelle dringend darüber Gedanken machen, wie wir angesichts der Tatsache, daß das Land geteilt ist und zwei verschiedene Regierungen hat, günstige Bedingungen für die Wiedervereinigung schaffen können, um die zwei politischen Entitäten schrittweise zusammenzubringen, damit sie schließlich wieder ein China bilden. Darüber hinaus sollten beide Seiten der Taiwanstraße eine gemäßigte Wiedervereinigungspolitik betreiben; es ist nicht ratsam, zu ungeduldig zu sein, da größere Eile nur ein langsames Fortkommen bedeutet. So lange beide Seiten aufrichtig und entschlossen sind, wird die Wiedervereinigung schließlich sicher erreicht werden. Bis dahin gibt es keinen Grund für Wiedervereinigungsbemühungen um ihrer selbst willen. Die Wiedervereinigung sollte unter einem vernünftigen und angemessenen politischen, wirtschaftlichen und sozialen System und Lebensstil stattfinden. Wir schlagen daher vor, daß die zwei Seiten der

Taiwanstraße alle ihre Anstrengungen darauf richten ein vereinigtes China zu schaffen, das demokratisch, frei und wohlhabend ist. Wenn die ideologische, politische, wirtschaftliche und soziale Kluft zwischen den zwei Seiten erst einmal als Resultat unserer gemeinsamen Bemühungen überbrückt ist, wird sich die Wiedervereinigung Chinas ganz natürlich ergeben.

Gegenwärtig sollten die zwei Seiten der Taiwanstraße ihren Austausch intensivieren und Konflikte durch Verhandlungen über praktische Fragen lösen. Nur wenn durch ein solches Vorgehen ein gewisser Erfahrungsschatz gesammelt ist und bestimmte Erfolge erzielt worden sind, wird es für die beiden Seiten möglich sein, politische Kontakte und Gespräche aufzunehmen. Mit anderen Worten: Wenn pragmatische Verhandlungen häufiger stattfinden und mehr Abkommen unterzeichnet sind, wird es mehr Gelegenheiten für politische Kontakte und Verhandlungen geben. Die Regierung der Republik China betreibt eine geregelte und schrittweise, den Richtlinien zur nationalen Wiedervereinigung entsprechende Festlandpolitik; und wir hoffen, daß dadurch eine positive und wohlmeinende Reaktion von Peking her hervorgerufen werden kann. Auf diese Weise sollten die zwei Seiten der Taiwanstraße einen freundschaftlichen Austausch bewerkstelligen können, um günstige Bedingungen für die friedliche und demokratische Wiedervereinigung Chinas zu schaffen.

Die Prinzipien der Regierung der Republik China für die Behandlung der Taiwanstraßenbeziehungen

Für die Zeit vor der friedlichen Wiedervereinigung schlägt die Republik China vor, daß die Taiwanstraßenbeziehungen gemäß den Prinzipien der Vernunft, des Friedens, der Gleichheit und der Gegenseitigkeit gestaltet werden.

Wir sollten bei Taiwanstraßenangelegenheiten immerrational vorgehen. Und für ein geteiltes Land sind die Prinzipien des Friedens, der Gleichheit und der Gegenseitigkeit der beste Ausdruck von Vernunft. Die Wiedervereinigung Deutschlands, die gemäß der rationalen Prinzipien der gleichen Behandlung, der gegenseitigen Kontakte und der friedlichen Lösung von Streitfragen durchgeführt wurde, sowie die Art, wie die Europäische Union ihren Fortschritt von einer Zollvereinigung zu einem einzigen Markt und schließlich zu einer großen europäischen Familie

Einmischung, während man tatsächlich die Sicherheit der gesamten Bevölkerung von Taiwan bedroht.

Unser drittes Prinzip ist die Gleichheit, was bedeutet, daß Chinesen sowohl in Taiwan als auch auf dem Festland sich desselben Grads an Würde und Respekterfreuen sollten. Die Regierung der Republik China glaubt, daß sowohl die gegenwärtigen zivilen Kontakte als auch künftige Gespräche auf Regierungsebene von Respekt sowohl für die Menschen als auch die Regierung der anderen Seite geprägt sein sollten und daß keine Seite versuchen sollte, die andere zu beleidigen. Zum Beispiel stellen sich Pekings Behörden gegen den Gebrauch der Bezeichnungen „Republik China“, „Regierung der Republik China“ oder „national“ durch Gruppen aus Taiwan, die das Festland besuchen; und sie ändern solche Titel einseitig in „Taiwan“. Sie stellen sich auch gegen die Unterzeichnung von Abkommen auf Regierungsebene zum Austausch über die Taiwanstraße hinweg; und sie weigern sich auch, die Rechtmäßigkeit unserer Regierung anzuerkennen. Darüber hinaus zwingt Peking uns immer, unseren Namen in „Chinesische Taipei“ zu ändern, wenn wir internationalen Organisationen beitreten oder an internationalen Aktivitäten teilnehmen wollen, um so unserem internationalen Ansehen zu schaden. Das Ergebnis solcher Aktionen ist aber höchstens ein Anschwellen der separatistischen Strömung auf Taiwan.

Gegenseitigkeit ist das vierte Prinzip unserer Festlandpolitik. Der Austausch zwischen den zwei Seiten der Taiwanstraße sollte den Interessen beider Parteien dienen; Beziehungen sollten immer ein Wettstreit mit zwei Gewinnern sein und kein Nullsummenspiel. Nur bei gegenseitigem Austausch können wir Vertrauen ineinander und Verständnis füreinander aufbauen, und nur so können Beziehungen eine breite Basis haben, dauerhaft sein und beständig Fortschritte machen. Beide Seiten betreffende Handlungen können nicht auf einseitige oder partielle Weise erwogen werden; sie erfordern die Einbeziehung beider Parteien und der Situation als Ganzer. Da die zwei Seiten verschiedene Ansichten über den Austausch haben, haben sie auch verschiedene Meinungen über dessen Bandbreite und Geschwindigkeit. Was z. B. wirtschaftlichen Austausch und Handel angeht, hat Peking, obwohl es behauptet, daß keiner den anderen „schlucken“ wolle, die Taktik „Der Stärkere verschlingt den Schwächeren“ eingeschlagen; und es will den wirtschaftlichen Austausch auf ein strategisches Niveau heben, um Taiwan an sich zu binden. Die Regierung der Republik China dagegen meint, daß

erreicht hat, sind Beispiele, von denen zu lernen uns gut täte. Wenn die nationale Wiedervereinigung nicht rational angegangen wird, wird das Resultat erneut Unfrieden und Chaos sein, in dem Menschen enturzelt und aus ihrer Heimat vertrieben werden. Die schmerzlichen Beispiele von Vietnam und kürzlich Jugoslawien sollten den zwei Seiten der Taiwanstraße als Warnung dienen.

Das Prinzip des Friedens ist wesentlich für die Gestaltung der Taiwanstraßenbeziehungen. Aus mehrfach geäußerten Worten von Präsident Lee Teng-hui geht klar hervor, daß er die Möglichkeit des Einsatzes von Waffengewalt zur Lösung der Wiedervereinigungsfrage ablehnt. Er hat dafür drei Gründe. Zunächst gibt es eine allgemeine Tendenz in internationalen Angelegenheiten hin zu Verhandlungen statt zur Konfrontation; und alle Länder sollten, so weit möglich, eine Zuflucht zur Waffengewalt als Konfliktlösungsmittel vermeiden. Zweitens ist der Austausch zwischen den beiden Seiten der Taiwanstraße kein Spiel mehr, bei dem nur eine Seite gewinnen kann; es ist ein „Wettstreit mit zwei Gewinnern“, in dem beide Seiten zu Kompromissen bereit sein müssen und zugleich jede Seite ihren eigenen Interessen dienen kann. Drittens kann den Interessen des chinesischen Volkes am besten durch die Zurückweisung der Möglichkeit von Waffengewalt gedient werden. Daher kann eine freundschaftliche Atmosphäre für die Taiwanstraßenbeziehungen nur geschaffen werden, wenn die verantwortlichen Stellen in Peking einen geeigneten Moment wählen, um zu verkünden, daß sie die Möglichkeit einer Wiedervereinigung durch Waffengewalt ablehnen. Territoriale Vereinigung durch militärische Gewalt anstreben zu wollen, wäre eine seichte und engstirnige Verzerrung der wahren Bedeutung von Nationalismus. Eine dauerhafte, allumfassende Form von Nationalismus kann ihren Ausdruck nur in einer Vereinigung von Systemen durch Demokratie, Freiheit und verdienten Wohlstand finden. Peking hat sich immer der Ausreden bedient, daß die Existenz von Unabhängigkeitsbestrebungen auf Taiwan sowie ausländische Einmischung es davon abhielten, die Möglichkeit der Gewaltanwendung gegen Taiwan auszuschließen. Doch die Befürworter von Taiwans Unabhängigkeit stellen nur eine Minderheit der Bevölkerung dar; und es macht keinen Sinn, die Mehrheit, die sich mit der chinesischen Nation und der chinesischen Kultur identifiziert, einzuschüchtern, um jene Minderheit anzugreifen. Und es entbehrt noch mehr jeder Logik zu behaupten, man widerstände ausländischer

Auch andere Länder realisierten, daß die Republik China ein Rolle bei dem Reform- und Öffnungsprozeß des Festlandes spielen könnte; zudem erkannten sie die Bedeutung der Sicherheit in der Taiwanstraße für die Stabilität in Asien und die ökonomische Entwicklung der asiatisch-pazifischen Region.

Darüber hinaus war auch die zunehmende Bedeutung internationaler wirtschaftlicher Verflechtungen hilfreich für die Entspannung der Taiwanstraßenbeziehungen. 1991 traten Taiwan, Festlandchina und Hongkong der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftskooperation (Asia-Pacific Economic Cooperation, APEC) bei; und man nimmt an, daß beide Seiten der Taiwanstraße in naher Zukunft dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen GATT (General Agreement on Tariffs and Trade) beitreten werden. Der wachsende Wohlstand, den die wirtschaftliche Liberalisierung der asiatisch-pazifischen Region bringt, wird Peking ermutigen, die Geschwindigkeit des Reform- und Öffnungsprozesses zu beschleunigen, wovon die Taiwanstraßenbeziehungen profitieren werden und wodurch sich die Kluft zwischen den zwei Seiten verringern wird, was wiederum vorteilhafte Bedingungen für die friedliche Wiedervereinigung Chinas schafft.

Weltweite Trends hin zur Integration oder zur Teilung eines Landes haben ebenfalls Einfluß auf die Beziehungen zwischen den beiden Seiten der Taiwanstraße. Während der Zeit des kalten Krieges, als Ideologien wichtiger als alles andere waren, wurde die Wiedervereinigungspolitik geteilter Länder gewöhnlich durch das Blockdenken dominiert und tendierte daher zur Kompromißlosigkeit. Wiedervereinigung konnte demnach nur gewaltsam durchgeführt werden. Seit dem Ende des kalten Kriegs hat das Wiederauftauchen der Idee der Integration geteilte Länder ermutigt, wieder den Weg der Wiedervereinigung zu beschreiten. Ein Beispiel dafür ist die Art und Weise, wie das Verlangen der Bevölkerung in Ostdeutschland nach einem freien und demokratischen politischen und wirtschaftlichen System zusammen mit den nationalen Gefühlen der Bevölkerung in Westdeutschland zur demokratischen Wiedervereinigung Deutschlands im Oktober 1990 führte. Ein anderes Beispiel ist die Unterzeichnung eines Nichtangriffs- und Versöhnungspaktes auf der Basis von Frieden und Gleichheit zwischen Nord- und Südkorea im Dezember 1991. Diese Beispiele geteilter Länder, die durch Veränderungen in der weltpolitischen und weltwirtschaftlichen

der Wirtschaftsaustausch über die Taiwanstraße hinweg beharrlich und Schritt für Schritt entsprechend dem Prinzip beiderseitigen Nutzens entwickelt werden sollte. Mit anderen Worten: Peking hofft, den Taiwanstraßen austausch dazu benutzen zu können, sein Ziel der Annexion Taiwans so schnell wie möglich zu realisieren, während hingegen die Regierung der Republik China hofft, daß dieser Austausch das gegenseitige Verständnis fördern, feindschaftliche Gefühle auflösen und die Kluft zwischen den Menschen zu beiden Seiten der Taiwanstraße verringern kann, damit ihre Beziehungen den Charakter gegenseitiger Ergänzung annehmen.

IV. Innen- und außenpolitische Faktoren, die Einfluß auf die Taiwanstraßenbeziehungen haben

Internationale Faktoren

Die verschiedenen Faktoren, die Einfluß auf die Beziehungen zwischen den zwei Seiten der Taiwanstraße haben, können grob in drei Kategorien eingeteilt werden: internationale Faktoren; Faktoren, die ihren Ursprung auf dem Festland haben; und Faktoren in Taiwan.

Was die internationalen Faktoren angeht, so läßt sich sagen, daß die internationale Gemeinschaft in den 90er Jahren in ein neues Zeitalter eingetreten ist. Nach einem mehr als siebzehnjährigen Experiment hat sich der Kommunismus als definitiv unakzeptabel erwiesen. Das kam daher, daß die kommunistischen Länder lange durch die „Diktatur des Proletariats“ Freiheit und Demokratie unterdrückten und so Unzufriedenheit und Widerstand in allen Bereichen der Gesellschaft provozierten, während das System des sozialistischen Staatseigentums und der Planwirtschaft in wirtschaftlicher Stagnation endete, wodurch der Lebensstandard nicht erhöht werden konnte. Das waren die Hauptgründe für den Zerfall der Sowjetunion und den Zusammenbruch des Kommunismus in Osteuropa. In der Situation nach dem kalten Krieg änderte sich die Rolle der Republik China als eines strategischen Verbündeten des Westens: Die westlichen Länder begannen, der Unterdrückung der Menschenrechte in Festlandchina mehr Aufmerksamkeit zu schenken, und die internationale Gemeinschaft nahm eine überlegtere Haltung gegenüber den zwei verschiedenen Regierungen des geteilten Chinas auf beiden Seiten der Taiwanstraße ein.

Faktoren, die Einfluß auf die Taiwanstraßenbeziehungen haben. Das Ziel der Festlandpolitik der Republik China ist es, ein politisches und ökonomisches System sowie einen Lebensstil zu schaffen, der förderlich für das Überleben und die Entwicklung des gesamten chinesischen Volkes ist. Wir sind erfreut darüber, daß Peking die Geschwindigkeit des Reform- und Öffnungsprozesses beschleunigt hat. Dennoch müssen wir feststellen, daß Peking trotz seiner Entscheidung für eine sozialistische Marktwirtschaft chinesischer Prägung, mit der es die Wirtschaft entwickeln, den Lebensstandard des Volkes erhöhen und sich zugleich eine Grundlage für die Fortdauer seines Regimes schaffen will, politisch immernoch an den vier Hauptprinzipien (dem sozialistischen Weg, der demokratischen Diktatur des Volkes, der Führungsrolle der Kommunistischen Partei sowie dem Marxismus-Leninismus und den Gedanken Mao Tse-tung's) festhält, mit denen die Ein-Partei-Diktatur untermauert wird. Diese Politik des politischen Links- und ökonomischen Rechtskurses ist voller Widersprüche. Die permanente Wirtschafts- und Finanzkrise, an der Festlandchina seit Jahren leidet, die immer größer werdende Kluft zwischen Arm und Reich sowie das Auftauchen aller Arten von gesellschaftlichen Problemen sind Resultate dieser Politik. Wenn die chinesischen Kommunisten keine politischen Reformen durchführen, wird es für sie schwierig sein, den ökonomischen Teufelskreis mit seiner periodischen Lockerung und Verschärfung von Einschränkungen zu durchbrechen, in dem sie sich so lange schon verfangen haben. In der Zukunft werden innenpolitische Strömungen in Festlandchina einen starken Einfluß auf die Haltung der Bevölkerung Taiwans zur Wiedervereinigung haben. Bei Meinungsumfragen spricht sich eine überwiegende Mehrheit der taiwanesischen Bevölkerung für die Wiedervereinigung statt für Taiwans Unabhängigkeit aus, sofern eine liberale Demokratie als Voraussetzung in Festlandchina gegeben wäre. Im Gegensatz dazu sinkt die Zahl der Befürworter der Wiedervereinigung drastisch, während Unterstützung für die Unabhängigkeit zunimmt, wenn die Ein-Partei-Diktatur in Peking Voraussetzung bleibt. Daraus wird deutlich, daß der Grad an Demokratie oder Diktatur auf dem Festland einen starken Einfluß auf die Haltung der taiwanesischen Bevölkerung zur Wiedervereinigung hat.

Pekings Taiwan-Politik hat ebenfalls Einfluß auf die Haltung der Öffentlichkeit zur Wiedervereinigung. Die KPCh-Führer haben sich niemals von der Drohung der Gewaltanwendung gegen Taiwan distanziert. Darüber

Ordnung ermutigt wurden, in Richtung Entspannung und Wiedervereinigung voranzuschreiten, sind charakteristisch für die Zeit nach dem kalten Krieg. Ebenfalls seit dem Ende des kalten Kriegs haben lange unterdrückte ethnische Gruppen eine Wiedergeburt des Nationalismus erfahren, der weitreichende separatistische Forderungen erzeugt hat. Die Sowjetunion z.B. ist in 15 verschiedene Länder zerfallen, während die ethnischen Gruppen in der Tschechoslowakei sich darauf einigten, zwei getrennte Staaten zu bilden: die tschechische Republik und Slowakien. Auch Jugoslawien unterlag dem Einfluß des Separatismus und zerfiel in dessen Folge.

Diese zwei Tendenzen der Integration und des Separatismus hatten auch auf Taiwan Einfluß. In Taiwan bedeutete die Verabschiedung der Richtlinien für die Nationale Wiedervereinigung eine Bestätigung des Trends hin zur Integration, während andererseits von der separatistischen Strömung Vorschläge für die Unabhängigkeit Taiwans vorgebracht wurden. Die Regierung der Republik China glaubt, daß die Wiedervereinigung Chinas bei dem Streben nach einem starken und wohlhabenden Land und der langfristigen Entwicklung der chinesischen Nation das gemeinsame Anliegen des chinesischen Volkes im In- und Ausland ist. Wir möchten die Verwirklichung dieses Ziels unterstützen. Dennoch müssen wir einräumen, daß Taiwan eine demokratische Gesellschaft mit vollständiger Rede- und Gedankenfreiheit ist, die unausweichlich von sowohl der Integrationsidee als auch von separatistischen Strömungen beeinflusst ist. Die Regierung der Republik China glaubt für ihren Teil, daß wir in Richtung Integration arbeiten sollten; aber die jeweilige Akzeptanz der beiden Trends innerhalb der Bevölkerung von Taiwan wird von der zukünftigen Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden Seiten der Taiwanstraße abhängen. Wenn sich die Taiwanstraßenbeziehungen nicht günstig entwickeln, ist es unwahrscheinlich, daß das Gespenst des Separatismus in Taiwan vertrieben werden kann; es könnte sich sogar noch ausweiten. Wenn es hingegen einen freundschaftlichen Austausch zwischen den beiden Seiten der Taiwanstraße gibt, wird die Entwicklung des Separatismus behindert werden.

Faktoren innerhalb Festlandchinas

Die Situation auf dem chinesischen Festland und die Politik des Regimes der KPCh gegenüber Taiwan schaffen ein anderes Bündel von

hinaus hat Peking immer versucht, die Republik China von internationalen Unternehmungen fernzuhalten oder sie aus internationalen Organisationen auszuschließen bzw. ihren Status abzuwerten. Peking hat auch alles getan, um die Beziehungen der Republik China zu ihren Freunden zu sabotieren, sei es indem es sie hinderte, ihre Luftfahrtrechte wahrzunehmen, Waffen und für die Landesverteidigung benötigte Militärausrüstung zu erwerben, Staatsbesuche zu machen und zu empfangen oder normale Kontakte mit anderen Ländern aufzubauen.

Die chinesischen Kommunisten haben diese diplomatische Blockade über viele Jahre hinweg erzwungen, anscheinend ohne zu realisieren, daß darin folgende Ungereimtheiten enthalten sind: Erstens macht Peking Gebrauch von seiner Macht im Ausland, um Taiwan zu isolieren, während es gleichzeitig die Internationalisierung der sogenannten Taiwan-Frage ablehnt; zweitens nennt Peking die Einrichtung von Luftverbindungen von Taiwan mit anderen Ländern ein politisches Thema, das die Souveränität des Landes betrifft, während es die Frage von Direktflügen zwischen Taiwan und dem Festland als rein ökonomisches Problem bezeichnet; und drittens versucht Peking, die Menschen aus Taiwan, Penghu, Kinmen und Matsu bei internationalen und für ihren Wohlstand wichtigen Unternehmungen einzuschränken, während es gleichzeitig ständig von Nationalgefühl spricht. Wenn Peking nicht aufwacht und der Tatsache ins Auge schauen will, daß seine Taten nicht mit seinen Worten übereinstimmen, und wenn es fortfährt, Erpressungstaktiken anzuwenden, um die Republik China aus der internationalen Gemeinschaft zu drängen, wird es nicht nur mit diesem Vorhaben scheitern, sondern statt dessen in Taiwan noch mehr Haß gegen das Peking-Regime schüren und den Prozeß der nationalen Wiedervereinigung behindern.

Um die Wahrheit zu sagen, decken sich die Interessen der zwei Seiten der Taiwanstraße in einigen Bereichen internationaler Beziehungen bereits. Es ist schade, daß die chinesischen Kommunisten das nicht berücksichtigen und statt dessen den zwei Seiten erlaubt haben, ihre kostbaren Kräfte und Energien in diplomatischen Gefechten zu verschwenden. Wenn die zwei Seiten in der internationalen Gemeinschaft koexistieren könnten, hätten beide mehr Raum für Manöver auf der Weltbühne; das chinesische Volk hätte eine deutlicher vernehmbare Stimme in internationalen Angelegenheiten und würde sich nicht mehr gegenseitig mundtot machen. Nicht nur das;

dieser mannigfaltige Lernprozeß wäre vernünftigen Kontakten zwischen den zwei Seiten förderlich, würde brüderliche Gefühle zwischen ihnen nähren und die Wahrscheinlichkeit einer späteren Wiedervereinigung erhöhen. Zum Beispiel der Antrag der Republik China auf Wiederaufnahme in die Vereinten Nationen: Wenn wir allen UNO-Organisationen beitreten und an allen ihren Unternehmungen teilnehmen könnten, um unsere Erfahrungen aus den letzten vier Jahrzehnten weiterzugeben, könnten wir einen Beitrag für die internationale Gemeinschaft leisten und dadurch dem chinesischen Volk zu noch mehr internationalem Ansehen verhelfen. Das KPCh-Regime hätte keinen Grund, uns davon abzuhalten, so lange dies unter der Bedingung geschähe, daß die zwei Seiten der Taiwanstraße öffentlich erklärten, daß sie ein vereinigtes China anstreben. Das Beispiel West- und Ostdeutschlands zeigt uns, daß die gemeinsame Teilnahme der zwei Hälften eines geteilten Landes an der internationalen Gemeinschaft in keiner Weise die Aussichten auf Wiedervereinigung verschlechtern — stattdessen kann sie die Lockerung von Spannungen zur Folge haben und günstige Bedingungen für sowohl die Wiedervereinigung als auch die Wahrung der Interessen des ganzen Volkes schaffen. Vor nicht allzu langer Zeit haben Nord- und Südkorea einen ähnlichen Kurs eingeschlagen. Wir glauben, daß in unserem Zeitalter der Entspannung die zwei Seiten der Taiwanstraße einen Weg finden sollten, ihre Feindschaft zu überwinden. Die Regierung der Republik China hat bereits einen großen Schritt in diese Richtung unternommen; und wir glauben, daß wenn Peking das einsehen kann und darauf reagiert, dies die Entwicklung der Taiwanstraßenbeziehungen in Richtung Wiedervereinigung erleichtern wird.

Faktoren, die aus Entwicklungen in Taiwan resultieren

Ein weiterer Faktor, der Einfluß auf die Beziehungen zwischen den beiden Seiten der Taiwanstraße hat, ist die zukünftige politische und ökonomische Entwicklung in Taiwan. Man könnte sagen, daß die Republik China auf Taiwan in den letzten Jahren eine stille Revolution erlebt hat. Wirtschaftlich betrachtet ist Taiwan weltweit die 14. größte Handelsnation und der siebtgrößte ausländische Investor. Was das durchschnittliche Jahreseinkommen angeht, rangiert Taiwan auf Platz zwölf, und die Devisenreserven der Regierung sind nahezu ohne Beispiel. Politisch betrachtet, hat die Republik China die erste wohlhabende und demokratische Gesellschaft in der chinesischen Geschichte hervorgebracht, in der die

Ideal eines vereinigten China aufgegeben haben: er bedeutet einfach, daß der zukünftige Wohlstand und die Sicherheit eng mit dem Schicksal Taiwans verknüpft sind. Ein weiterer Ausdruck dieses Gemeinschaftsgefühls findet sich in der wichtigen Rolle, die die öffentliche Meinung für die Regierungspolitik spielt. Bei der Formulierung ihrer Festlandpolitik muß die Regierung der Republik China periodisch ein breites Spektrum öffentlicher Meinung zu Rate ziehen. Im Reifungsprozeß der Demokratie auf Taiwan wird die öffentliche Meinung notwendigerweise der wichtigste Bezugspunkt für die Regierung bei der Formulierung ihrer Festlandpolitik werden.

Taiwan ist bereits eine demokratische und pluralistische Gesellschaft. Oppositionsmitglieder nehmen eine beträchtliche Zahl der Sitze im Legislativ-Yüan ein, und ihre Meinungen haben unweigerlich Einfluß auf die Festlandpolitik der Regierung. Was nationale Wiedervereinigung und Taiwanstraßenbeziehungen angeht, differieren die Meinungen der Regierungspartei und der Opposition beträchtlich. Aber auch wenn die verschiedenen Parteien verschiedene Haltungen zur Festlandpolitik haben mögen, so ist ihr letzliches Ziel doch die Vermehrung des Wohlstandes der Bevölkerung Taiwans. Bei allem, was sie tun, müssen sie ihre Vorschläge sorgfältig in Rücksicht auf die Sicherheit und das Wohlergehen der 21 Millionen Menschen in Taiwan erwägen. Außerdem sollten die Regierung der Republik China und die verantwortlichen Stellen in Peking für das Wohlergehen des gesamten chinesischen Volkes auf lange Sicht kämpfen.

V. Schlußfolgerung

Teilung ist ein Unglück für das chinesische Volk

Die Teilung Chinas in zwei getrennte Regierungsgebiete ist ein großes Unglück für das chinesische Volk, in geringerem Maße allerdings für die Chinesen auf Taiwan. Nach der kommunistischen Machtübernahme auf dem Festland wurden die Gebiete Taiwan, Penghu, Kinmen und Matsu als Basis für die Nahrung Chinas künftiger Vitalität bewahrt. In vierzigjähriger Anstrengung hat die Republik China auf Taiwan ein in der chinesischen Geschichte beispielloses Maß an Demokratie und Wohlstand geschaffen. Diese vierzig Jahre haben die Transformation Taiwans von einer entlegenen Insel zu einem Dreh- und Angelpunkt für Chinas Zukunft erlebt.

Menschenrechte und das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit anerkannt werden. Diese Akkumulation von Wirtschaftsmacht und sozialer wie kultureller Vitalität hat zu einem Prozeß der Demokratisierung und Liberalisierung geführt und sich in zwei Richtungen ausgewirkt: gegenüber der Weltgemeinschaft in Form der pragmatischen Diplomatie der Republik China, und gegenüber Festlandchina als Katalysator für die Ausweitung aller Arten von zivilen Kontakten. Die jüngsten Entwicklungen in den Taiwanstraßenbeziehungen können daher zu einem Großteil aus Taiwans Wirtschaftswachstum und seiner politischen Demokratisierung erklärt werden.

Es ist bedauerlich, daß man in Führungskreisen der KPCh diese Ursache-Wirkung-Beziehung nicht versteht, sondern statt dessen Taiwans Demokratisierungsprozeß auch noch lächerlich macht oder angreift und uns bezichtigt, im Namen der pragmatischen Diplomatie eine Politik der „Zwei Chinas“ oder „Ein China, ein Taiwan“ zu betreiben. Diese Kreise mischen sich in unangemessener Weise in die außenpolitischen Beziehungen der Republik China ein und entwerfen Pläne, wie sie das Spektrum ihrer internationalen Unternehmungen einschränken können. Zur gleichen Zeit versucht Peking, Handel und Investitionen für politische Ziele einzusetzen und das Volk zu benutzen, um Druck auf die Regierung auszuüben, daß sie ihre Formel „Ein Land, zwei Systeme“ übernimmt. Diese Kombination aus Druck und Überredungskünsten trägt weder den politischen und ökonomischen Entwicklungstendenzen der letzten Jahre in Taiwan Rechnung, noch zeigt sich darin Interesse an den wirklichen Wünschen und dem Wohlergehen der Bevölkerung von Taiwan. Wenn dieses Verhalten andauert, wird es unweigerlich eine negative Auswirkung auf die Wiedervereinigung Chinas haben und einen normalen Austausch zwischen den beiden Seiten der Taiwanstraße erschweren.

Seit der Aufhebung des Kriegsrechts und des Verbots der Gründung neuer politischer Parteien von 1987 sind die Versammlungs-, Vereinigungs- und Redefreiheit, die durch die Verfassung garantiert werden, in Taiwan vollständig verwirklicht. In der Bevölkerung Taiwans wurde schrittweise ein Konsens darüber erzielt, daß wir alle im selben Boot sitzen und daß Taiwan eine Gemeinschaft ist. Dieser Glaube an eine Taiwan-Gemeinschaft bedeutet in keiner Weise, daß die 21 Millionen Menschen in Taiwan der chinesischen Geschichte gleichgültig gegenüberstehen oder daß sie das

Die Regierung der Republik China hat das chinesische Volk durch acht Jahre blutigen Kriegs gegen die imperialistischen japanischen Eindringlinge geführt, die ungleichen Verträge für ungültig erklärt und China zu einem Gründungsmitglied der Vereinten Nationen mit einem ständigen Sitz im Sicherheitsrat gemacht. Aber seit 1949 das Pekinger Regime gegründet wurde, hat das Volk auf dem Festland gelitten. Das KPCh-Regime hat endlose militärische Zusammenstöße mit seinen Nachbarn provoziert, während es im Land selbst von Machtkämpfen und Säuberungswellen geplagt wurde, wodurch eine Situation der Rückständigkeit und Not unter kommunistischer Herrschaft geschaffen wurde.

Der Beitrag zur Wiedervereinigung, den Peking leisten sollte

Wir rufen die KPCh auf, weiterhin Wirtschaftsreformen zu fördern und umfassende politische Reformen durchzuführen, da unsere Landsleute auf dem Festland nur dadurch aus Mangel und Armut erlöst werden können und es ihnen nur so möglich sein wird, ein Leben in Menschlichkeit und Würde zu führen. Wir rufen das Regime in Peking ebenfalls auf, der Tatsache ins Auge zu schauen, daß China ein geteiltes Land mit zwei getrennten Regierungen ist und die Entwicklung der Taiwanstraßenbeziehungen gemäß der Prinzipien der Vernunft, des Friedens, der Gleichheit und der Gegenseitigkeit zu fördern. Das ist der einzige Weg, die Bedingungen für eine friedliche Wiedervereinigung Chinas zu schaffen.

Wir glauben, daß das chinesische Volk absolut gegen militärische Drohungen und die Verwüstungen durch Krieg ist. Drohungen verstärken nur die gegenseitige Feindschaft, und Krieg würde beide Seiten zerstören. Wer im Namen der Wiedervereinigung zu den Waffen greift, wird von der Geschichte verdammt werden. Nur wenn wir unsere brüderlichen Gefühle als Chinesen entwickeln und uns gegenseitig gleich behandeln, werden wir die Hindernisse für die Taiwanstraßenbeziehungen überwinden und uns näherkommen.

Der wahre Wert der Wiedervereinigung liegt in Demokratie, Freiheit und verdientem Wohlstand

Friedliche Wiedervereinigung ist jedoch nicht genug, es sollte eine demokratische Wiedervereinigung sein. Nur eine Wiedervereinigung unter einem freien und demokratischen System wird dem chinesischen Volk Glück bringen und China in die Lage versetzen, einen größeren Beitrag zu

Frieden, Sicherheit und Wohlstand in der Welt zu leisten. Die Vereinigung Chinas unter einer Diktatur, die Menschenrechte verletzt, würde eine schwere Bedrohung für den Weltfrieden darstellen und von anderen Ländern nicht toleriert werden. Gleichzeitig sind wir der Überzeugung, daß die wahre Bedeutung der Wiedervereinigung nicht nur in der Schaffung eines starken und wohlhabenden Landes oder in der langfristigen Entwicklung der chinesischen Nation liegt, sondern auch darin, dem chinesischen Volk ein Leben in Demokratie, Freiheit und verdientem Wohlstand zu ermöglichen. Wenn wir das nicht erreichen könnten, wäre eine Wiedervereinigung absolut bedeutungs- und wertlos.

Sowohl ein Blick in die Vergangenheit als auch eine Vorausschau in die Zukunft bestätigen die Regierung der Republik China, an ihrem gegenwärtigen Standpunkt festzuhalten, der humanitären Fragen Priorität einräumt, einen schrittweisen Ausbau privater Kontakte fördert und das gegenseitige Verständnis durch Konzentration auf kulturellen Austausch vertieft sowie ökonomische und Handelsverbindungen gemäß des Prinzips gegenseitigen Vorteils ausbaut. Wir werden jede erdenkliche Mühe unternehmen, die Taiwanstraßenbeziehungen zu fördern, um die günstigsten Entwicklungsbedingungen für den Austausch der beiden Seiten sicherzustellen. Die Regierung der Republik China wird sich auch weiterhin um eine vorausschauende, pragmatische, aktive und gemäßigte Strategie für einen umfassenden Austausch bemühen, und sie wird sich weder aufgrund von Pekings Feindseligkeit zurückziehen, noch wird sie sich durch Lockmittel Pekings zu übereilten Schritten hinreißen lassen.

Wir sind zuversichtlich, daß die Weisheit und die Anstrengungen des ganzen Volkes es uns ermöglichen werden, eine neue Situation zu schaffen, um die politische, wirtschaftliche und soziale Modernisierung Chinas zu beschleunigen und schließlich die heilige Mission der Wiedervereinigung Chinas im Zeichen von Demokratie, Freiheit und verdientem Wohlstand zu vollenden.